

Bezugspreis:

Stichtag 7,50 M., monatlich 2,50 M., halbjährlich 12,50 M., jährlich 25,00 M., vierteljährlich 6,25 M., einzeln 1,00 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Donnerstags ausgenommen.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 27. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtzehnstellige Nummernfolge... 1.00 M., 2.00 M., 3.00 M., 4.00 M., 5.00 M., 6.00 M., 7.00 M., 8.00 M., 9.00 M., 10.00 M., 11.00 M., 12.00 M., 13.00 M., 14.00 M., 15.00 M., 16.00 M., 17.00 M., 18.00 M., 19.00 M., 20.00 M., 21.00 M., 22.00 M., 23.00 M., 24.00 M., 25.00 M., 26.00 M., 27.00 M., 28.00 M., 29.00 M., 30.00 M., 31.00 M., 32.00 M., 33.00 M., 34.00 M., 35.00 M., 36.00 M., 37.00 M., 38.00 M., 39.00 M., 40.00 M., 41.00 M., 42.00 M., 43.00 M., 44.00 M., 45.00 M., 46.00 M., 47.00 M., 48.00 M., 49.00 M., 50.00 M., 51.00 M., 52.00 M., 53.00 M., 54.00 M., 55.00 M., 56.00 M., 57.00 M., 58.00 M., 59.00 M., 60.00 M., 61.00 M., 62.00 M., 63.00 M., 64.00 M., 65.00 M., 66.00 M., 67.00 M., 68.00 M., 69.00 M., 70.00 M., 71.00 M., 72.00 M., 73.00 M., 74.00 M., 75.00 M., 76.00 M., 77.00 M., 78.00 M., 79.00 M., 80.00 M., 81.00 M., 82.00 M., 83.00 M., 84.00 M., 85.00 M., 86.00 M., 87.00 M., 88.00 M., 89.00 M., 90.00 M., 91.00 M., 92.00 M., 93.00 M., 94.00 M., 95.00 M., 96.00 M., 97.00 M., 98.00 M., 99.00 M., 100.00 M.

Kein Diktatfrieden?

Erklärung Hochs.

Berlin, 27. März. Ausländische Blätter hatten vor einiger Zeit Neugierungen von Lloyd George und Bichon mitgeteilt, wonach nach übereinstimmender Ansicht dieser beiden Staatsmänner die Friedenskonferenz sich nicht auf Verhandlungen mit der deutschen Delegation einlassen werde.

Der Streik in England.

Einigung mit den Werstarbeitern.

London, 26. März. (Reuter.) Endlich wird mitgeteilt, daß die Werstarbeiterkonferenz beschlossen hat, ihren Mitgliedern die Annahme des Berichtes des Präsidenten der Kohlenkommission und Abstimmung unter den Arbeitern über diese Frage zu empfehlen.

Italiens Protest.

Kein Abbruch der Verhandlungen.

Rom, 26. März. Dem Korrpondenzbureau zufolge teilt die italienische Gesandtschaft mit: Reuter und die Delegation haben vereinbart, daß die italienischen Delegierten auf der Friedenskonferenz einstimmig beschlossen haben, sich von der Konferenz zurückzuziehen, wenn die von der Moskauer Sowjetregierung durch Junkerbruch verbreitete Nachricht von einer bolschewistischen Revolution in Ostgalizien nicht auf Wahrheit beruht.

Keine Bolschewistenrevolution in Ostgalizien

Ein österreichisches Dokument.

Wien, 26. März. (Meldung des Wiener Telegr.-Korr.-Bureaus.) Aus hier vorliegenden Telegrammen aus Stuyi und Stanislaw vom 24. d. Mts. ist zu schließen, daß die von der Moskauer Sowjetregierung durch Junkerbruch verbreitete Nachricht von einer bolschewistischen Revolution in Ostgalizien nicht auf Wahrheit beruht.

Die Bolschewistenpropaganda in Polen.

Unterstützung der Polen durch die Entente.

(Eigener Drohbericht des „Vorwärts“.)

Wie aus Lodz gemeldet wird, wurden in Polen von der Geheimpolizei Massen kommunistischer Propagandakommissionen, die im Jargon abgefaßt waren, entdeckt. Diese fordern zum Generalstreik auf. Ebenso wurde ein Transport aus Berlin eingetroffener sozialistischer Propaganda beschlagnahmt.

Das Aufstandsgebiet Polen erhält aus Warschau außer den schon gelieferten 37 Waggons noch weitere 25 Waggons amerikanischer Schmalz als Bezahlung für die nach Millionen bezifferte Abgabe von deutschem Gold und Silber.

Ablehnung weiterer Verhandlungen.

Nach Abbruch der Warsauer Verhandlungen richtete der frühere preussische Minister Drows an das Kommissariat die Bitte, eine Spezialkonferenz einzuberufen. Die Polen haben dies abgelehnt.

Polonisierung des Schulwesens.

Im besetzten polnischen Gebiet beginnt mit Ostern die Einführung der polnischen Unterrichtssprache auf den höheren Schulen. Dadurch werden 800 deutsche Oberlehrer betroffen.

Das Ende des Adels in Oesterreich.

Wien, 27. März. (Meldung des Holländisch Neuworbureaus.) Die morgige Nationalversammlung wird eine Gesetzesvorlage über die Abschaffung des Kaisers und der Dynastie Habsburg sowie über die Abschaffung der Orden, Titel und Adel bringen.

Huysmans gegen annexionistische Eisele.

Reformen gegen Bolschewismus.

Berlin, 27. März. (Holländisch Neuworbureaus.) Der „Amsterdamer Telegraaf“ bringt eine ausführliche Unterredung mit dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus Camille Huysmans, der sagte: Die Konferenz in Bern habe bewiesen, daß die Lage der Internationale ausgezeichnet sei. Huysmans wandte sich sodann gegen die Uebergriffe der belgischen Ueberpatrioten und bezeichnete die Ansprüche auf holländisches Gebiet als eine annexionistische Eisele.

In bezug auf die Wiederherstellung Belgiens bezeichnete Huysmans den Völkerbund als die zentrale Frage. Die belgischen Forderungen auf Schwabeneck müßten bevorzugt werden, sonst gäbe es keine Wiederherstellung. Wenn aber der Völkerbund nicht errichtet werde, sei es sehr wohl möglich, daß Deutschland einen Platz in einer neuen Konstellation einnehmen werde mit den Verbündeten, die es jetzt besiegt haben.

Huysmans ist gegen eine Intervention in Rußland, weil diese die Führer des Bolschewismus nur in die Lage versetzen würde, sich als die Verteidiger der russischen Autonomie aufzuspielen. Was die bolschewistische Gefahr für Deutschland anbetrifft, so meinte er: Wenn die deutsche Bourgeoisie so dumm ist, die Notwendigkeit allgemeiner Reformen nicht einzusehen, werden die Arbeiter sagen: „Die Räte werden es machen!“

Ententetruppen in Ungarn zurückgezogen.

Wien, 27. März. (Meldung der Telegraphen-Kompanie.) Die Pariser Blätter aus Budapest berichten, daß die Besatzungen der Alliierten aus Grad und Szegedin zurückgezogen worden. Die Mitglieder der in Budapest befindlichen Militärkommissionen der Entente haben sämtlich die Stadt verlassen. Lediglich ein höherer amerikanischer Offizier ist in der ungarischen Hauptstadt zurückgeblieben.

Karolyi über die Ablehnung der Ententenote.

Wien, 27. März. (Meldung des Holländisch Neuworbureaus.) Der frühere provisorische Präsident der ungarischen Volksrepublik Michael Karolyi äußerte sich einem Mitarbeiter des „Nag Ember“ gegenüber dahin, daß das ungarische Volk und die ungarische Arbeiterschaft die vorgeschlagenen von der Entente eingetroffene Note und die darin enthaltenen Bedingungen nicht annehmen könnten. Vom radikalsten Nationalisten angefangen bis zum extremsten Kommunisten konnte es nur eine Antwort geben: Niemals. Jetzt aber haben wir keine andere Pflicht, als dem leidenden Ungarn keine Rechte zurückzugeben und Existenzbedingungen zu schaffen.

Die Sozialisierung vollzogen.

Budapest, 27. März. Der revolutionäre Regierende Rat erließ eine Verordnung, der zufolge die Räterepublik alle diejenigen industriellen, Bergbau- und Verkehrsbetriebe, deren Arbeiterzahl am 22. März 1919 zwanzig überschritt, unter Kontrolle der Arbeiterschaft und unter gesellschaftliche Leitung stellt. Die betriebsübernommenen Betriebe werden durch vom Volkskommissariat für soziale Produktion ernannte Kommissare geleitet. Einigkeit zwischen dem Arbeiterrat des Betriebes und dem Produktionskommissar desselben in irgendeiner Frage eine Meinungsverschiedenheit, so hat der Arbeiterrat sich im Besonderen an das Volkskommissariat für soziale Produktion zu wenden, dessen Entscheidung bindend ist.

Die Reichsregierung für internationalen Achtstundentag.

Brünn, 27. März. Auf eine Anfrage des Abg. Böglitz (Dtsch. Volksp.) ist von dem Reichsarbeitsminister Bauer folgende Antwort eingegangen: Die Reichsregierung ist bereit, darauf hinzuwirken, daß in den bevorstehenden Friedensverträgen eine internationale Vereinbarung über die Einführung der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit für die Arbeiter in industriellen Betrieben getroffen wird.

Wutgeheul rechts.

In der Presse der Rechten spiegelt sich die Erregung über die parlamentarischen Vorgänge des gestrigen Tages. Die Entschiedenheit, mit der sich Scheidemann in Weimar, Sirich hier in Berlin gegen die Treibereien von rechts wandten, hat die Herren offenbar sehr unangenehm aus dem Traum gerissen, in dem ihnen so war, als wären sie schon wieder Herren der Situation.

Die Kommentare, mit denen die konservativen Blätter die gestrigen Debatten begleiten, sind so ziemlich alle nach demselben Schema angefertigt. Man spielt die verfolgte Unschuld. Man behauptet, bloß aus dem Bedürfnis, eine totalitäre Schwärzung zu unternehmen, habe sich die Regierung auf die armen Rämmer von rechts gestürzt. Man deutet die Stellung der Regierung als ein Zeichen für den zunehmenden Einfluß des Spartakismus, vor dem man jetzt „Notau“ mache, und prophezeit mit unheilverkündender Miene dessen alsbaldigen Sieg.

Die Methode ist äußerst durchsichtig und scheint uns nicht ganz neu. Sind die Junker nicht schon immer die privilegierten Stützen der Ordnung gegen den Umsturz gewesen? Als solche empfehlen sie sich noch einmal mit einer Naivität, die lächeln macht, der republikanischen Regierung in einem Artikel der „Berliner Neuesten Nachrichten“, in dem es heißt:

„Wah, die Regierung wird die „Gegenrevolution“ haben, sie macht sie zu einer zwingenden Notwendigkeit. Aber dann wird die Regierung und die, die hinter ihr stehen, alle Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum mit der Gegenrevolution mitgehen, ja sie werden nach der Gegenrevolution rufen. Alle, die deutsch fühlen und ehrliche Menschen sind, alle werden sie zur Gegenrevolution schreiten müssen, nämlich dann, wenn Spartakus und die Unabhängigen die Blutstatue des Tötens heraufgeführt haben. Das übersteht die Regierung, daß diese böse Welle von äußerst links sich aufbaut, daß die Doppelrevolutionäre schon ganz offen damit drohen, jeden, der etwas besitzt, zu mordeten. Wie dümmig im Rätekongreß lautstark erklärt hat. (1) Die Regierung übersteht in geradezu verhängnisvoller Verblendung jene Gefahr, glaubt sie durch Jugeständnisse und wieder Jugeständnisse zu beschwören, während sie ihr in Wirklichkeit die Wege ebnet. All diese Konzessionen an das Rätesystem und den Radikalismus, die wir in den letzten Tagen erlebt haben, sind doch gegen die Ueberzeugung der Regierung und der alten parteilosen Elemente auch in der Sozialdemokratie von den Radikalen erprelt, denn wir glauben es der Regierung und deren Vertretern gern, daß sie sich in ehrlicher Ueberzeugung auf den Boden der Demokratie gestellt haben, daß sie, wenn es nach ihrem ungehemmten Willen gegangen wäre, eine Demokratie geschaffen hätten, aber sie lassen sich treiben.“

Das ist doch ganz die alte Methode, aus dem Monarchischen ins Republikanische überstürzt. Die Schützer von Thron und Altar gebärden sich heute als die Schützer der Demokratie, und wie sie einst glaubten, dem König alle möglichen Jugeständnisse abpressen zu können, indem sie ihn mit den Gefahren des Umsturzes schreckten, genau so verfahren sie jetzt mit der republikanischen Regierung, indem sie die Gefahren des Spartakismus so blutig wie möglich an die Wand malen.

Zu demselben Kapitel gehört auch ein unlängst in der „Deutschen Tageszeitung“ erschienener Artikel des Herrn v. Oldenburg-Januschau gegen den „Vorwärts“, der u. a. folgende Verse enthält:

Wer ist es denn, der die jetzige Regierung und das Vaterland vor dem Spartakus bisher schützt, vor dem Blend des russischen Bolschewismus, vor der Ueberflutung durch das Völkentum? Das sind doch die Leute, die der „Vorwärts“ als Junker und Junkerengenossen zu verunglimpfen pflegt.

Das schreibt jetzt derselbe Herr, der seinerzeit den bekannten Satz sprach, auf Befehl des Kaisers müsse jedermann ein Deutmont und zehn Mann den ganzen Reichstag sprengen können. Der Spartakismus von rechts brüstet sich als einzige zuverlässige Schutztruppe gegen den Spartakismus von links.

Die Herren befinden sich in einer angenehmen Selbsttäuschung, und nur darum, weil fernern der Veruch gemacht worden ist, sie aus ihr herauszureißen, darum wehren sie sich so ärgerlich. Wenn heute noch in breiten Volksmassen ein dunkler Haß gärt, der irgendwie einen Ausweg sucht und sich mitunter an nächstliegenden ungeeigneten Objekten entlädt, so tragen sie die Schuld daran, denn sie und ihre hochföhligen Herren Vorfahren haben diesen Haß jahrhundertlang gezüchtet. Und wenn sie sich einbilden, sie hätten der Regierung irgendwie geholfen, so täuschen sie sich, denn sie haben nie ehrlich der republikanischen Regierung gedient und können ihr nur Väterdienste leisten.

Je mehr sich die Reaktion, ihre eigenen Ziele verfolgend, in den Kampf zwischen Sozialdemokratie und Spartakismus einmischt, desto mehr schädigt sie die Sozialdemokratie und desto mehr nützt sie dem Spartakismus. Das Junkertum ist nun einmal in den breitesten Massen der Bevölkerung so befestigt, daß auch der leiseste Schein einer offenen oder vermittelnden Gemeinschaft mit ihm im höchsten Grade kompromittierend wirkt. Darum ist die offene Gegnerschaft des Junkertums und tausendmal lieber als seine Verhüllung, sich an die Demokratie heranzuschließen und ihren Befehlshaber vor dem Bolschewismus zu stellen.

Die Herren versichern einmal über das andere, sie wollten keine Gegenrevolution. Neben wir doch offen miteinander! Ob und wann die Gegenrevolution kommen wird, das ist für sie doch nur eine Frage der Zeit und der Umstände. Wenn sie die gegenwärtigen Umstände für äußerst ungünstig halten, so haben sie ganz recht, aber daß sie lieber heute als morgen ihre alte Herrschaft wieder aufrichten möchten, daß sie jetzt schon mit allen Mitteln daran arbeiten, eine ihnen günstige Situation herbeizuführen, wem wollen sie das verhehlen? Wer über die Revolution so denkt, wie z. B. Herr v. Kardorff, der kann es ja gar nicht eilig genug haben, alles, was die Revolution gebracht hat, wieder hinwegzufegen. Darum werden alle Versuche, uns ein K für ein U vorzumachen, vergeblich bleiben; wir wissen ganz genau, wer die Herren sind und was wir an ihnen haben.

Eine Demokratie, die solcher Hilfe bedürfte, um sich zu halten, wäre wert, zugrunde zu gehen. Der gestrige Tag hat aber jedem, der keine Blinde vor den Augen trägt, klar gezeigt, daß die Sozialdemokratie nicht im entferntesten daran denkt, aus blasser Furcht vor dem Spartakismus mit der Reaktion irgendwelche Geschäfte abzuschließen. Ihr ist die große Aufgabe zugefallen, die Errungenschaften der Revolution nach allen Seiten hin gegen alle Feindschaft wie gegen verbildete Ueberlieferung zu verteidigen und auszubauen. Den Kampf gegen rechtscheutliche nicht, sie führt ihn fort und wird ihn in dem Maße steigern, als der Uebermut der Rechten, durch die unheilvolle Ferkelung der Arbeiterbewegung gesteigert, wieder in Erscheinung tritt.

Das ist die Lehre des gestrigen Tages, und das Wutgebül der reaktionären Presse zeigt uns nur, daß wir damit durchaus auf dem richtigen Wege sind.

Besonders amüßant ist die Beflissenheit, mit der die nationalistische Presse behauptet, daß die Begegnung des „Nationalen Offiziersbundes“ mit Ludendorff in der Wilhelmstraße „rein zufällig“ gewesen ist. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

General Ludendorff war auf dem Wege nach seinem Hotel, auf dem er die Wilhelmstraße passieren mußte, als ihm der zufällig entlang kommende Zug begegnete. Oder glaubt man, daß dieser hochgeniale Führer im Weltkriege, dessen Name unter den ersten Feldherren aller Zeiten glänzen wird, so leicht sich gewissermaßen als öffentliches Schaustück hingestellt? Der General kennt den General und diese Latenzen genau und dennoch unterstellte er ihm, daß diese Begegnung keine zufällige war. Diese Behauptung ist nicht nur unwürdig eines Ministerpräsidenten, sondern unwürdig eines jeden deutschen Mannes, der auch nur etwas auf sich hält.

Daß Ludendorff uns mit aller seiner Hochgenialität in die furchtbare Niederlage hineingeritten hat, verdammt die „Kreuzzeitung“ wohlweislich. Aber seine Hochgenialität wäre ihr sehr gleichgültig, wenn Ludendorff nicht der erklärte Volkfeind der Gegenrevolution wäre.

Ein Gespräch mit Ludendorff.

Ein Redakteur der „B. Z.“ hatte eine Unterredung mit dem General Ludendorff, worin dieser seine Sonntagsgespräche mit den Demonstranten als völlig zufällig und harmlos darstellt. Das Gespräch nahm dann folgenden Verlauf: „Und wie sehen Sie, Exzellenz, sich zu dem Jönen von verschiedenen Seiten gemachten Vorwürfe, daß Sie durch Ihre Ver-

halten eine Reaktion oder eine Gegenrevolution begünstigen?“

Auf diese Frage habe ich nur eins zu erwidern: Ich stehe jeder irgendwie gearteten Bewegung im deutschen Volke vollständig fern und beschäftige mich ausschließlich mit der Abfassung meines Buches. Ich lebe vollkommen als Privatmann und will in keiner Weise partizipativisch hervortreten.“

„Wie stellen sich Ihre Erzählung zur Anklage des Ministerpräsidenten Scheidemann über den Staatsgerichtshof?“ „Ich habe selbst in einem persönlichen Schreiben an den Ministerpräsidenten die Einsetzung eines Gerichtshofes verlangt, um endlich in den Tust von Vorwürfen und Anklagen gegen mich Klarheit bringen und mich völlig rechtfertigen zu können. Ich begreife es daher mit Genugtuung, daß mir Gelegenheit gegeben werden wird, vor dem Staatsgerichtshof, der hoffentlich unparteiisch zusammengesetzt sein wird, zu erscheinen. Ich hätte allerdings den Anspruch erheben können, daß der Herr Ministerpräsident seine Anklage in einen weniger wegwerfenden Ton gefaßt hätte.“

Wenn General Ludendorff behauptet, jeder „irgendwie gearteten Bewegung im deutschen Volke fernzustehen“, so muß er doch bemerken, in welcher Weise sich eine sehr bestimmt geartete Bewegung an ihn herandrängt. Er müßte begreifen, daß seiner gegenwärtigen Lage die größte Zurückgezogenheit am besten entspräche würde. Wir glauben nicht, daß Genosse Scheidemann von Ludendorff in wegwerfendem Ton gesprochen hat, meinen vielmehr, daß er in der Art, wie dieser Mann des Unheils von den Reaktionen immer wieder in den Vordergrund geschoben wird, eine ernste Gefahr erblickt.

Klassenkampf mit Mettwürsten.

Ein pommerisches Revolutionsidyll.

Wenn es Leute geben sollte, die glauben, die Revolution im Pommerschen vollziehe sich in pflaumweichen Formen, so irren sie sich gewaltig. In Stargard in Pommern haben sich Vorgänge von größter Tragweite abgespielt, die sowohl dem revolutionären Elan des dortigen Arbeiterrates und der Arbeiterschaft wie der gegenrevolutionären Gesinnung eines gewissen Bürgertums ein beredtes Zeugnis auszusprechen.

Verfassen wir mit der Treue des Chronisten die Entwicklung der Dinge festzuhalten: Auf der Jobststraße 23 in Stargard wohnt Frau Guttschloß Pieper, welche sich den Verdacht einer Geheimtätigkeit zugezogen hatte. Der Arbeiterrat und die Volkspolizei durchsuchten daraufhin die Räume der Pieperischen Wohnung und entdeckten neben dem Viertel einer Kinderlunge zwanzig ausgewachsene Mettwürste. Zuerst fiel die gnädige Frau in Ohnmacht, doch als ihr Sohn, ein junger Herr Leutnant, und ihre Tochter, eine streifbare Hauptmannsfrau, zu Hilfe eilten, fochten sie sich alle drei Mut, bewaffneten sich mit Besen, Schrupper und Mettwürsten und schlugen damit so lange auf die Vollzugsorgane der öffentlichen Gewalt ein, bis diese die Flucht ergriffen. Erst nach Heranziehung ausreichender Verstärkungen gelang es dem Arbeiterrat, wieder Herr der Lage zu werden.

Doch die Ereignisse zogen weitere Kreise. Nachdem sich der Chefredakteur des „Neuen Pommerschen Tageblattes“ dazu hatte bewegen lassen, einen sinnentstellenden Bericht über die Mettwürstenschlacht zu veröffentlichen, legte die Arbeiterschaft in den Betrieben die Arbeit nieder. Ein Demonstrationzug zog vor das „Tageblatt“ und zahllose Arbeiterhäufe honorierten gegen das geschlossene Tor. Der leitende Redakteur mußte sich herausbegeben, erhielt eine kühnherige Massagen und wurde durch die Stadt geführt. Zuerst nach dem Markt, dann nach der alten Wache und schließlich stellte ihn der Volkspolizei auf die große Kanone neben der Germania. Hier hielt er eine flammende Verteidigungsrede und zog zum Schluß ein Gedicht aus der Tasche, das „Die Mettwürstenschlacht in der Jobststraße“ benannt war und den Beifall der Demonstranten fand. Desgleichen veriproch er, sich in diesem Kampfe konsequent auf-

die Seite des Volkes zu stellen, was er denn auch getan hat, wie die folgende Nummer des „Tageblattes“ beweist, worin für die gerechte Sache in Poesie und Prosa eine warme Lanza eingelegt wird.

Auch wir möchten unsere volle Solidarität mit dem Stargarder Volk aussprechen und sind mit ihm, besonders was Mettwürste anlangt, für die Entwaffnung der Bourgeoisie.

Die Säuberung des Schulwesens.

Antwort auf eine „Kleine Anfrage“.

Staatsminister Genosse Haenisch schreibt uns: „Auf die keineswegs unberechtigte „Kleine Anfrage“ in Nr. 156 des „Vorwärts“ erwidere ich, daß selbstverständlich alle erforderlichen Maßnahmen in die Wege geleitet sind, um dem dort gerügten groben Unfug zu steuern. Denn ein grober Unfug ist es natürlich auch in meinen Augen, wenn in der Republik Preußen Lehrer gezwungen werden, die eben erst entfernten alten Wahrzeichen der Monarchie wieder in den Schulräumen anzubringen. Der Erlaß, der diesem Unfug ein für allemal einen Riegel vorschiebt, wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.“

Ebenso bedarf es wohl nicht einer ausdrücklichen Versicherung, daß irgend eine Verfolgung von Lehrern wegen ihrer sozialistischen oder freiheitlichen Gesinnung unter keinen Umständen geduldet wird, sobald sie zu meiner Kenntnis kommt. Aber darauf, daß ich diese Dinge erfahren, kommt es eben an. Ich bitte daher, auch auf diesem Wege dringend, alle derartigen Fälle unter genauer Angabe der Einzelheiten mir amtlich mitzuteilen. Nur wenn ich von solchen Vorgängen weiß, kann ich für Abhilfe sorgen. Daß diese Abhilfe dann gründlich sein wird, darauf dürfen sich alle Beteiligten verlassen.

Es wäre mir lieb, wenn die Presse diesen Zeilen recht weite Verbreitung geben möchte.
Konrad Haenisch.

Stundenlohn von 62 Pf. angemessen!

Soziale Auffassung eines fürstbischöflichen Kommissars

Die „Katholische Schulzeitung für Norddeutschland“ schreibt: Die Lehrerin der katholischen Schule in Schlichte, Kreis Groß-Wartenberg, wandte sich an ihren Schulverbandsvorsitzer, einen Geistlichen, mit der Bitte, ihr jährliches Gehalt für den Handarbeitsunterricht von 60 M. auf 62 M. zu erhöhen. Nach einigen Tagen erhielt sie von dem Schulverbandsvorsitzer, fürstbischöflichem Kommissarius Jahn in Groß-Wartenberg, folgenden Bescheid: „Auf Ihren Antrag vom 20. d. M. betreffend Erhöhung der Entschädigung für Erteilung des Handarbeitsunterrichts, teile ich Ihnen ergebend mit, daß der Schulvorstand nicht in der Lage ist, die jährliche Entschädigung von 60 M. zu erhöhen. Da die Erteilung des fraglichen Unterrichts eine besondere Vorbildung nicht zur Voraussetzung hat, hält der Schulvorstand die gewährte Entschädigung von 62 Pf. für die Stunde für angemessen.“

Das Ende der Aussperrung auf den Hansa-Werken.

Bremen, 27. März. Die Aussperrung auf den Hansa-Werken ist beendet. Der Arbeiterrat der Hansa-Werke hat nach einer Betriebsversammlung die Erklärung abgegeben, daß nunmehr wieder ordnungsgemäß gearbeitet werden soll. Die Direktion nahm diese Erklärung zur Kenntnis und hielt damit ihre Forderung, daß der passive Widerstand aufgegeben werden soll, erfüllt. Der Betrieb wird demnach heute früh in vollem Umfang wieder aufgenommen. Die Verhandlungen über die Lohnforderungen gehen unabhängig davon weiter. Eine Einigung wurde bisher noch nicht erzielt.

Schafft ihr Besitz ein Wohnhaus. In dem Blattchen unseres gestrigen Abendblattes muß es im ersten Satz heißen: Die zu schaffenden Bezirkswohlfahrtsstellen je 1 auf 200 000 (und nicht 20 000 Einwohner).

Die Berliner Staatstheater.

Von Paul Becker.

Es ist nicht möglich, von der Zukunft der Berliner Staatstheater zu sprechen, ohne ihrer Vergangenheit zu gedenken. Diese Theater, den verhängnisvollen künstlerischen und materiellen Kräfte nach die leistungsfähigsten des Deutschen Reiches, sind das Urbild des Preussentums im einseitig scholastischen Sinne des Wortes gewesen: reaktionär bis zur lächerlich wirkenden Unwissenheit in jeder Art der künstlerischen Betätigung, sowohl in bezug auf die Zusammenfassung des Spielplans wie die Art der ausübenden Betätigung, autozentriert bis zur moralischen Verflachung der Mitglieder in der Struktur und Handhabung der inneren Verwaltung, unsozial, richtiger: antisozial, ausschließlich den höfischen Repräsentationspflichten folgend, im Verhalten gegenüber der Presse und dem Publikum, jede Möglichkeit bestmöglicher Nachschärfung zwischen Theaterleitung und Publikum schroff abweisend.

Die bisherigen Neuerungen in der Verfassung der beiden Theater haben sich hauptsächlich auf eine der erodierten Hauptaufgaben bezogen: auf die Vereinfachung des autokratischen Regiments. Jüdisches mußte an diesem Punkt eingeleitet werden. Die Erneuerung der Theater kann nur von innen heraus, aus dem Geiste einer freibeweglichen, genossenschaftlich-demokratischen Verfassung geschehen. Ein Fehler aber wäre es, zu glauben, daß damit alles, oder auch nur das Wichtigste getan ist. Es sind nur Voraussetzungen geschaffen, die wohl bei kluger Weiterarbeit zum Ziele führen können, für sich allein genommen aber noch gar nichts bedeuten. Ein Theater ist kein Fabrikbetrieb. Die künstlerische und die soziale Betätigung ist das Wesentliche. Sie kann nur gegeben werden durch die führende Persönlichkeit, durch Weitsicht und Tat der einzelnen starken Willenskraft. Diese zu finden und ihr den Weg frei zu machen ist die Hauptaufgabe, von deren Lösung das Schicksal beider Bühnen abhängt.

Ein guter Schritt nach dieser Richtung hin ist bereits getan: durch die Forderung der Trennung von Oper und Schauspiel. Die Vereinigung beider Institute unter gemeinsamer Führung bedeutet amtliche Anerkennung des Dilettantismus. Die bisherigen Intendanten haben weder vom Schauspiel noch von der Oper innerlich getrenntes Bewußtsein gehabt. Es wäre nur eine halbe und somit eigentlich gar keine Besserung, wollte man jetzt einen Mann an die Spitze stellen, der zwar der Oper, aber nicht dem Schauspiel gegenüber Sachkundiger ist, oder umgekehrt. Man würde damit die Vorbedingung gedenklichen Wirkens: das Vertrauen der Mitglieder zur sachlichen Überlegenheit des Führers untergraben — ganz abgesehen davon, daß die wahrhaft hingebungsvolle Leistung zweier solcher Institute die Arbeitskraft eines einzelnen übersteigt. Die Trennung, wie sie in Wien seit langem üblich ist, erscheint daher als Vorbedingung des weiteren Verfassungsaufbaus. Wer aber ist nun der Geeignete? Ein Kapellmeister, ein Regisseur, ein Sänger, ein Schauspieler? Jeder von ihnen kann,

leiner von ihnen muß es sein. Es kann ein Mann sein, der innerhalb, es kann ebensogut ein Mann sein, der außerhalb des engeren Theaterbetriebs steht. Die Theatergeschichte bietet Beispiele für jeden dieser Fälle. Jffland, Devrient, Keller gehören „zum Bau“, aber Laube und Dingelstedt waren auch nicht die schlechtesten Theaterleiter ihrer Zeit und Angelo Neumann wie Pollini — abgesehen von sich Vertretern des jetzt überkommenen launischen Unternehmertums — verdanken ihre Erfolge im Grunde nicht so sehr ihrer geschäftlichen Spekulationsgabe, als ihrem kundigen Blick für Menschen und Werke. So ist daher nicht zu fragen, wo der Betreffende herkommt, sondern wer er ist. Repräsentant er einen Willen und eine künstlerische Ueberzeugung? Ist er Persönlichkeitsgenie genug, der Oper, dem Schauspielhaus die Stellung des in Deutschland führenden Instituts zu erobern, den Geist der Rücksichtlosigkeit, des Nachwissens vom Ausgesprochenen der Zeit aufzuräumen, Spielplan und Ausstattungsart beider Häuser zu einem Programm neuerlicher Kunstanschauung zu gestalten? Weist er Energie und Opferbereitschaft genug, um in der Lösung solcher Aufgabe nicht eine einträgliche und einflußschaffende Nebenbeschäftigung, sondern ein Lebensziel zu erblicken? Und vor allem: Ist er den politischen Strömungen unserer Zeit nahe genug verwandt, um die sozialen Aufgaben der Theater aus dem Geist dieser Zeit erfassen und in Angriff nehmen zu können?

Dieses wären einige Hauptfragen. Die Antwort darauf bezog nur die Persönlichkeit zu geben. Es ist nicht unmöglich, daß die Künstler, die jetzt die Verfassung der Theater beraten, diese Persönlichkeiten ein wenig fürchten, daß sie meinen, es läge nur darauf an, ihre verfassungsmäßigen Ansprüche zu sichern, so daß ein schwächer, ungeschicklicher Verwaltungsmann dafür am besten geeignet sei. Es wäre ein gefährlicher, verhängnisvoller Fehlschluß. So gewiß die freibewegliche Verfassungsgrundlage die Voraussetzung einer neuen, kraftvollen Entwicklung ist, so gewiß wird erst die planvolle Erfassung der künstlerischen und sozialen Aufgaben des Theaters dieser Verfassung inneren Bestand und äußere Entfaltungsmöglichkeit gewähren. Die wirtschaftliche Struktur des Theaters wird bedingt durch seine ideale Stellung innerhalb der Gemeinschaft. Je tiefer und fester diese ideale Stellung durch die ihr volle Wirkung im Bewußtsein der Masseinheit berankert ist, um so sicherer und mühevoller ist die Lösung der wirtschaftlichen Ansprüche der Ausübenden.

Franz Mehrer zum Gedächtnis.

Der Künstler steht in allem Normenwandel doch zuletzt nur für sich selbst da. Wenn man Franz Mehrer sah, eine schwere, gedrungene Leibesgestalt, seine hart gemeißelten Rüge, dann erkannte man in ihm seine Gestalten wieder — jene Gestalten, in denen eine weibliche Schwere sich angestrengt und qualvoll zur Freiheit durchzukämpfen bemüht und in denen jeder Muskel bis zum Keckerten angepannt ist. Spannung, Dynamik, bildet überhaupt so recht eigentlich die Seele der Kunst Mehrers: seine Normen, seine Gestalten sind geladen, eine mächtige Willenskraft ist in ihnen gesammelt,

und oft macht sich die innere Spannung explosiv, in konvulsischen Normenbewegungen Luft; ein untermal bleibt sie zusammengeballt, in sich wachend, wie gelähmt, aber dann löst sie sich auch wieder in heimatlicher, großer Mannlichkeit. Sein eigenes Leben hatte viel und lange unter Druck gestanden. Er war ein Deutsch-Böhme, 1870 in Bisherow bei Mies geboren, einfacher Leute Kind und wurde auf Handwerk erzieht. Als Musterzeichner und Steinmetzgehilfe in Wien hat er begonnen, und daß er als schlichter Handwerker zuerst dem Stein gegenübergelehrt ist und ihn so gründlich kennen gelernt hat, das ist ihm später zum Segen für sein ganzes weiteres Schaffen geworden.

Der Brunnen für die Stadt Reichenberg in Böhmen, der Ribbenbrunnen für Prag, die Bildwerke für das Kaiserlich-königliche Hoftheater, die plastische Ausgestaltung des Weinhauses „Methusalem“ und der Volksbühne in Berlin, das Steinhäuser-Denkmal in Wien; das mühen etwa die bedeutendsten und bekanntesten öffentlichen Monumentalplastiken Mehrers sein. Insgesamt geben sie aus einem ganz ursprünglichen plastischen Gefühl heraus; die entscheidende künstlerische Wendung in seinem Schaffen liegt darin, daß er mit seltener Klarheit und voller Entschlossenheit dazu übergegangen ist, Bildwerk und Mann in gleichmächtigen Zusammenhang zu bringen. Die besten seiner Monumentalplastiken sind daher nicht nur Plastiken, sondern groß und streng gezeichnete Raumformen; hier liegt sein Verifikationspunkt mit Hildebrand. Seine Formgebung hat unüberkennbar zuweilen etwas Gewalttätiges, und indem er zwischen Individuellem und Typischem den Ausweg suchte, ist sein Stilgefühl manchmal Schwankungen unterworfen. Aber je länger desto reiner hat sich doch sein künstlerisches Wollen auszusprechen vermocht, und besonders in seinen Bildnissen hat er die volle Höhe der Reife erreicht. Mehrer lebt in der Erinnerung als eine unvollständige Persönlichkeit fort, die auf das Gefühl und den Publikumsverfolg verächtlich herabblende, die sich — und freilich auch den andern — nicht leicht machte und durchaus dem Dämon in der Kunst zugewandt war. Im Reitalter eines Hildebrand und Robin als Bildhauer sich selbstständig behauptet zu haben: das ist eine Leistung, die nur einem Echten gelingen konnte.

Notizen.

— Spielplanänderung. Im Oberhaus wird wegen mehrfacher Erkrankungen die Donnerstag- und Freitag-Aufführung miteinander vertauscht. Es wird heute „Ahnung“ und morgen „Kriadne“ gegeben. Eintrittskarten behalten Gültigkeit für das Werk oder werden zurückgenommen.

— Theater. Im Zeising-Theater ist als nächste Aufführung Anton Wildgans' Tragödie „Dies irae“ vorgesehen.

— Die Berliner Akademie der Künste bereitet für dies Frühjahr eine Ausstellung von neuen Werken ihrer Mitglieder in ihren Ausstellungsräumen am Pariser Platz vor. Die neugewählten Mitglieder werden hier zum ersten Male erscheinen.

